

http://www.deutschlandfunkkultur.de/parteinahme-statt-ernsthafter-dialog-der-nahost-konflikt.1079.de.html?dram:article_id=387777

2.6.2017, Deutschlandfunk Kultur Aus der jüdischen Welt.

Parteinahme statt ernsthafter Dialog Der Nahost-Konflikt auf dem Kirchentag

Von Thomas Klatt



Ein arabischer Junge fährt im arabischen Teil in Ost-Jerusalem an der Mauer entlang, die den israelischen vom palästinensischen Teil trennt. (picture alliance / dpa / Oliver Weiken)

Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Berlin war auch der Israel-Palästina-Konflikt ein Thema. Dort stellten sich Vereine und Initiativen vor, die sich für Nahost engagieren. Doch folgt man den Kritikern, sind nicht alle von ihnen unbedingt "koscher".

An dem Stand des Vereins "Flüchtlingskinder im Libanon" waren 14 große Schautafeln aufgehängt: "Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948". Organisiert hat sie die erste Vorsitzende des Vereins Ingrid Rumpf:

"Weil wir auch der Meinung waren, die israelische Sichtweise auf diesen Zeitabschnitt, die ist bei uns wirklich bekannt, die ist verinnerlicht, aber andererseits eben die palästinensische Sichtweise, also die Sichtweise unserer Partner im Libanon, die ist nicht bekannt. Das sieht man schon daran, dass dieser Begriff, die Nakba, hier ja völlig unbekannt war."

Nakba meint die arabische Katastrophe der Vertreibung aus Palästina während der Staatsgründung Israels. Darüber wolle man aufklären. Seit fast zehn Jahren schon geht der Verein "Flüchtlingskinder im Libanon" mit seiner Ausstellung auf Tournee. Charlotte

Knobloch, Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde von München und Oberbayern, sagte bereits 2014, dass Vereinigungen wie "Flüchtlingskinder im Libanon" damit den Frieden im Nahen Osten behinderten.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft protestierte

Auch die Deutsch-Israelische Gesellschaft protestierte bereits vor Jahren gegen die Wanderausstellung. Denn die Shoah und die Vorgeschichte des Staates Israel, aber auch die arabischen Massaker an Juden bleiben so gut wie ausgeblendet. Ellen Ueberschär, Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages, aber hält dagegen. Auf dem großen Treffen der Christen sollten sich möglichst viele Gruppen präsentieren können:

"Wir machen keine Gesichtskontrollen und auch keine Kontrollen darüber, wer sich da in welchen Dingen engagiert. Und ansonsten ist der Markt eine mit Risiken behaftete Vorstellung von Gruppen, die ihre eigene Arbeit vorstellen."

Herausgekommen sei aber vor allem Propaganda gegen Israel, meint Deidre Berger vom American Jewish Committee in Berlin:

"Organisationen wie der Verein 'Flüchtlingskinder in Libanon' sind nicht drauf orientiert, einen Dialog anzufangen, aber eher ein Narrativ, was ausschließlich die Palästinenser als die rechtmäßigen Bewohner von Israel zeigt."

Einerseits sieht man nur die unterdrückten vertriebenen Palästinenser, andererseits die militärisch überlegenen aggressiven Israelis. Die Wahrheit aber sei komplizierter:

"Sehr strittig sind die Umstände, wo die Palästinenser damals das heutige Israel verlassen haben. Da gibt es einen großen Historikerstreit darüber, was nicht in dieser Ausstellung präsentiert ist. Sehr viele sind weggegangen, weil die arabischen Länder dazu gerufen haben. Und irgendwelche Selbstverantwortung ist überhaupt nicht dabei. Es gab viele Fälle von Vertreibung, aber die waren begrenzt. Es gab viele Fälle, wo israelische Juden ausdrücklich ihre arabischen Nachbarn gebeten haben zu bleiben, und die so unter Druck waren von ihrer Umgebung, dass sie das nicht vertraut haben. Es gibt sehr viele Facetten von der Gründung des Staates Israel."

Die Anschuldigungen aber seien falsch, sagt Ingrid Rumpf vom Verein "Flüchtlingskinder im Libanon". Auch der Krieg der Araber gegen die Juden von Mai 1948 bis Juli 1949 komme in der Ausstellung zur Sprache. Ihrem Verein nun Antisemitismus vorzuwerfen, weist die Vorsitzende weit von sich.

"Sie werfen systematisch Jüdischsein oder Judentum und israelische Politik in einen Topf einfach, um dann sagen zu können, das ist antisemitisch. Es geht hier in keiner Weise um eine Kritik an Judentum oder Juden, sondern es geht einzig und allein um Kritik an israelischer Politik."

Auch vertreten auf dem Kirchentag: das Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel (EAPPI). Zu einem Interview war man auf dem Markt der Möglichkeiten nicht bereit. Man habe schlechte Erfahrungen mit Medien gemacht, hieß es am Stand. EAPPI ist eine Initiative des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf und soll zum Frieden beitragen, indem Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern beobachtet und dokumentiert werden.

Nur sei EAPPI kein objektiver Sachwalter, kritisiert Deidre Berger vom American Jewish Committee:

"Wenn man schaut in ihren eigenen Angaben, was sie machen, wenn sie in Israel sind, ist es sehr klar, dass diese EAPPI eine sehr einseitige extrem pro-palästinensische Sichtweise hat. Es ist bestimmt kein ausgeglichener Versuch, Israel heute zu verstehen. Ihre Perspektive machen sie sehr klar, dass die extrem israelkritisch sind. Man darf Kritik üben an Israel, man darf auch Kritik an den Palästinensischen Gebiete üben, was die wiederum nicht machen. Es ist diese Einseitigkeit. Und dann fragt man sich, wieso unterstützt man Organisationen, die sehr verhetzend sind, an den Konflikt heranzugehen."

An dem Stand der ökumenischen EAPPI lagen auch Flyer für eine parallel in einer Marzahner Kirchengemeinde stattfindende Palästina-Tagung aus. Dort auf dem Programm: namhafte BDS-Befürworter wie der Bethlehemer Pfarrer Mitri Raheb. BDS steht für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel. Auch damit hat Kirchentagsgeneralsekretärin Ellen Ueberschär kein Problem:

"Wir haben keine Position zum Thema Boykott gegen Israel. Es gibt keine Position des Kirchentages zum Thema BDS. Das ist auch nicht das Thema BDS auf Kirchentagen. Der Kirchentag selber nimmt keine Positionen ein, sondern er ist ein offenes Forum."

Der Evangelische Kirchentag also ein offenes Forum für Gruppen, die dem Boykott Israels keine klare Absage erteilen?

Richard C. Schneider: Konfliktlinie verläuft woanders

Am Kirchentagssamstag fand die einzige Podiumsdiskussion auf dem christlichen Großtreffen zum Nahost-Konflikt statt: "Siebzig Jahre Teilungsplan, 50 Jahre Besatzung". Der evangelisch-lutherische Bischof in Jordanien und dem Heiligen Land, Munib A. Younan, rief zur gemeinsamen Friedensanstrengung aller religiösen Führer in Israel und Palästina auf. Dass Younan auch das sogenannte "Kairos-Palästina-Dokument" von 2009 mitträgt, das zum Boykott gegen Israel aufruft, wurde jedoch gar nicht diskutiert. Der langjährige ARD-Israel-Korrespondent Richard Chaim Schneider, selbst Kind ungarischer Shoa-Überlebender, warnte vor allem Deutsche vor all zu viel Einmischung:

"Es ist schon faszinierend, dass ausgerechnet bei diesem Konflikt die Menschen, je weiter weg sie von dem Konflikt sind, möglichst auch noch nie dort gewesen sind, also eigentlich überhaupt keine Ahnung haben, ganz genau wissen, was dieser Konflikt ist, ganz genau wissen, wie die Lösung ist, und genau wissen, wer ist der Böse und wer ist der Gute."

An eine Vermittlung durch Deutschland oder die Europäische Union glaubt Schneider nicht. Dafür sei die Nahost-Politik in der EU zu unabgestimmt. Einen Frieden könne es nur im Land selbst geben - auf Basis der Vernunft:

"Ich glaube, was beide Gesellschaften heute verstehen müssen, ist, dass der Konflikt nicht mehr der ist, Palästinenser gegen Israelis oder Israelis gegen Palästinenser, sondern Vernünftige, rational denkende Menschen gegen Extremismus auf beiden Seiten. Wenn ich als Jude mit einem aufgeklärten palästinensischen Intellektuellen zusammensitze, dann habe ich mit diesem Menschen sehr viel gemein als mit einem radikalen fundamentalistischen Siedler, der zwar Jude ist wie ich, aber mit dem ich keinerlei Sprache habe, und so geht es auf

der anderen Seite vielen aufgeklärten Palästinensern genau so, dass die Linie des Konflikts woanders gezogen werden muss."